

Konsultation der Energie-Control Austria zu den Zwischenberichten der KEMA-Gutachten zu Entry-Exit Tarifierung und Bilanzierung

Stellungnahme der AGGM

Inhalt

Einleitung	2
Fragen zum Zwischenbericht „Entry-Exit Tarifierung“	3
Fragen zum Zwischenbericht „Bilanzierung“	4
Fragen unter Annahme getrennter Bilanzierungs- und Ausgleichsenergiesysteme für Fernleitungsnetz und Verteilergesamt	4
Fragen unter Annahme eines einheitlichen Bilanzierungs- und Ausgleichsenergiesystems für das Marktgebiet	4
Fragen zu beiden Ausgestaltungsarten	5

Einleitung

Am 20.12.2011 wurden bei der Energie-Control Austria (in der Folge ECA) die Zwischenberichte der KEMA zu den von ECA beauftragten Gutachten zu „Entry-Exit Tarifierung“ und „Bilanzierung“ präsentiert. Die Marktteilnehmer sind eingeladen, zu den Zwischenberichten sowie zu den von der ECA dazu veröffentlichten Fragen bis 13.01.2012 schriftlich Stellung zu nehmen.

Die AGGM folgt der Einladung der ECA und nimmt in diesem Dokument zu den Zwischenberichten anhand der Fragen der ECA Stellung. Dabei wird nur auf jene Inhalte und Fragen eingegangen, wo sich aus der Marktrolle des Verteilergebietsmanagers (VGM) ein Anmerkungsbedarf ergibt.

Fragen zum Zwischenbericht „Entry-Exit Tarifierung“

Frage 3.) *Inwieweit halten Marktteilnehmer das Angebot von nicht-festen Kapazitäten, z.B. in der Form von unterbrechbaren Kapazitäten in Klassen mit unterschiedlichen Unterbrechungswahrscheinlichkeiten für sinnvoll und akzeptabel?*

Ziel des Kapazitätsmanagements der AGGM ist, das technische Maximum der Transportkapazität im Verteilergebiet dem Markt verfügbar zu machen. Trotzdem wird es beim Ausspeichern in Richtung VHP ein Kapazitätsprodukt geben müssen, das eine Einkürzung der Transportnominierung ermöglicht, wenn die physischen Engpässe am Übergang vom Verteilernetz in die Fernleitungen die Rückspeisung in die Fernleitungen nicht zulassen.

Frage 4.) *Wie werden Kapazitäten mit Beschränkung der freien Zuordenbarkeit durch Marktteilnehmer beurteilt? Sind diese Kapazitäten notwendig um ausreichend feste Kapazitäten bereitzustellen, und können ggf. andere Instrumente wie z.B. unterbrechbare Kapazitäten oder Lastflusszusagen den gleichen Effekt erzielen?*

Wie bereits in der AGGM-Stellungnahme zum ECA-Eckpunktepapier vom 15.12.2011 im Detail ausgeführt, ist die Einführung von LFZ (an Speichern) zur Überwindung des physischen Engpasses an der Schnittstelle zw. FLN und VG zwingend, sofern dort keine Kapazitätsprüfung erfolgen soll und die als sicher verfügbar vereinbarten Überspeisebedingungen aus der Fernleitung nicht ausreichen, den Transport zu den Endkunden bzw. Speichern sicher zu stellen.

Fragen zum Zwischenbericht „Bilanzierung“

Fragen unter Annahme getrennter Bilanzierungs- und Ausgleichsenergiesysteme für Fernleitungsnetz und Verteilergebiet

In diesem Modell erfolgt die Einführung einer Tagesbilanzierung nur im Fernleitungsnetz auf Basis der Vorgaben der Balancing FG und NC. Im Verteilergebiet wird das bestehende Stundensystem und Gastag beibehalten.

Frage 7.) *Wie können bei unterschiedlichen Ausgleichsenergiepreisen im Fernleitungsnetz und Verteilergebiet individuelle Optimierungsstrategien von Netzbenutzern zulasten des Gesamtsystems verhindert werden?*

Wie bereits in der AGGM-Stellungnahme zum ECA-Eckpunktepapier vom 15.12.2011 im Detail ausgeführt, ist aufgrund der gleichen Quelle für AE-Beschaffung am VHP für das FLN sowie für das VG kaum mit Arbitragemöglichkeiten zu Lasten des Gesamtsystems zu rechnen.

Fragen unter Annahme eines einheitlichen Bilanzierungs- und Ausgleichsenergiesystems für das Marktgebiet

In diesem Modell wird für das Marktgebiet ein den netztechnischen Notwendigkeiten gerechtes Tagesbilanzierungsregime eingeführt.

Frage 9.) *Soll es unterschiedliche, kundengruppenspezifische Umlagesysteme für die untertägige Strukturierung geben? Wäre eine Wahlfreiheit des Netznutzers, sich einer bestimmten untertägigen Kundengruppe anzuschließen (etwa über einen Modulationstarif) einer zwangsweisen Einordnung vorzuziehen?*

Wie bereits in der AGGM-Stellungnahme zum ECA-Eckpunktepapier vom 15.12.2011 in der Beantwortung von Frage 1 im Detail ausgeführt, dürfen insbesondere leistungsgemessene Endkunden nicht von der Verpflichtung (möglichst) stundengenaue Fahrpläne anzumelden entbunden werden. Lediglich die Versorgung nicht gemessener Endkunden könnte aus Sicht der AGGM von der Pflicht, untertägig strukturieren zu müssen, ausgenommen werden.

Frage 10.) *Wie können bei unterschiedlichen Ausgleichsenergiepreisen in angrenzenden Marktgebieten individuelle Optimierungsstrategien von Netzbenutzern zulasten des österreichischen Systems verhindert werden?*

Eine Belastung für das österreichische System bzw. für dessen Marktteilnehmer entstünde in diesem Zusammenhang nur bei der Anwendung von Umlageverfahren, wo ggf. individuelle Unausgeglichheiten einer BG in einem benachbarten Marktgebiet unter den Marktteilnehmern in Österreich sozialisiert würden. Bleibt man bei einem System mit individuellem Ausgleich pro BG und verursachungsgerechter AE-Zuordnung, wäre im Wettbewerb benachbarter Systeme bei einem erhöhten Beschaffungsbedarf

von AE in Österreich sogar mit Preis- bzw. Liquiditätsvorteilen am VHP zu rechnen.

Frage 11.) *Sollen untertägige Beschränkungen auf Stundenbasis oder auf kumulierter Basis gesetzt werden?*

Ein Stundenbilanzierungssystem stellt im VG nach aktueller Rechtslage eine legitime untertägige Beschränkung auf Stundenbasis dar, die darüber hinaus von vielen Marktteilnehmern favorisiert wird.

Der Anreiz für BG in einem Tagesbilanzierungssystem stündlich ausgeglichen zu nominieren ergibt sich nach Einschätzung der AGGM weniger aus der Gestaltung der Beschränkungen auf Stundenbasis oder auf kumulierter Basis. Vielmehr werden die Größe gewährter Toleranzbandbreiten bzw. die Progressivität von Strukturierungskosten für die BG für stündliche Unausgeglichheiten Einfluss auf den Anreiz zum individuellen Ausgleich bewirken.

Fragen zu beiden Ausgestaltungsarten

Frage 12.) *Welche Veröffentlichungs- und Informationspflichten sind notwendig, um den Zielen eines marktorientierten Ausgleichsmodells zu entsprechen?*

Das Ziel eines marktorientierten Ausgleichsmodells ist im Verteilergesetz Ost bereits erreicht. Lediglich für künftige AE-Abrufe vom VHP sind zusätzliche Veröffentlichungen hinsichtlich abgerufener Mengen und Preise vorzusehen. Darüber hinaus gehende Veröffentlichungs- und Informationspflichten sind nicht erforderlich.

Zeitnahe Informationen über BG-scharfe Unausgeglichheiten sind aufgrund der in den nächsten Jahren verfügbaren Datenlage nicht sinnvoll ermittelbar.

Frage 13.) *Welche Bemessungsgrundlage sollte für Toleranzen herangezogen werden?*

Gewährte Toleranzen hinsichtlich stündlicher Unausgeglichheiten dürfen in Summe nicht größer als die verfügbaren Ressourcen bei der AE-Beschaffung sein. Darüber hinaus limitieren systeminhärente Prognoserisiken die Bandbreiten gewählter Toleranzen insbesondere vor dem Hintergrund längerer Vorlaufzeiten bei der AE-Beschaffung am VHP. Ohne entsprechende Berücksichtigung gerät die Versorgungssicherheit unweigerlich in Gefahr!

Frage 14.) *Sollte es zwangsweise ein auf Prognose und zeitnahe Ausgleich basierendes Ausgleichsverfahren etabliert werden oder ist unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zum nachträglichen Ausgleich eines entstandenen Ungleichgewichts ebenfalls zu berücksichtigen?*

Ein zeitnahe (vollständiger) Ausgleich ist zumindest für nicht gemessene Endkunden auch bei bester Prognosequalität unmöglich. Für diese Kundengruppe wird es immer ein nachträgliches Ausgleichsverfahren geben

müssen. (Vgl. dazu auch die Mehr-Mindermengenabrechnung in Deutschland.)

Ein zeitnahe Ausgleich für leistungsgemessene Endkunden ist zumindest innerhalb der nächsten paar Jahre aufgrund fehlender zeitnahe Datenübertragung für viele dieser Endkunden und damit auch generell für einzelne BG nicht möglich.

Frage 15.) *Sollte es in der Bilanzzone Toleranzen für den Stabilitätsgrad des Gesamtsystems geben? Sollten Netzbenutzer einen Anreiz zum Systemausgleich erhalten?*

Der Verteilgebietsmanager (VGM, vormals Regelzonenführer) nutzt zur Minimierung des physikalischen AE-Einsatzes heute bereits Toleranzen in Form des je nach Systemzustand verfügbaren Rohrleitungsinhalts innerhalb der gegebenen Druckgrenzen im VG. Eine Erweiterung der Toleranzen auf Teile des verfügbaren Rohrleitungsinhalts in den FLN wäre insbesondere zur Abwicklung von AE-Beschaffungsvorgängen am VHP unerlässlich. Der Umfang verfügbaren Rohrleitungsinhalts in den FLN für das VG ist dafür allerdings ausschließlich (und bestenfalls stündlich aktualisiert) im Verantwortungsbereich der FLNB auszuweisen.

Netzbenutzer erhalten heute bereits klare Anreize zum Systemausgleich, indem der VGM stündlich aktuell den Zustand des VG als Über- oder Unterlieferung bzw. dessen AE-Abrufe auf seiner Website veröffentlicht. Aus dem Verhalten der BG in der Vergangenheit kann geschlossen werden, dass diese Anreize mit entsprechend unterstützender Fahrplan-Renominierung für den Systemausgleich beantwortet werden.